

# Vertrag zur Zusammenarbeit in der Bezirkspolitik Altona 2004 - 2008 zwischen CDU und GAL

## Präambel

Die GAL-Altona und die CDU-Altona vereinbaren für die Wahlperiode der Bezirksversammlung Altona 2004 bis 2008 eine Zusammenarbeit in der Bezirkspolitik. Der Vertrag wird im Bewusstsein geschlossen, dass beide Parteien von den Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks bei den Wahlen am 29. 2. 2004 durch den jeweils deutlichen Stimmenzuwachs einen Auftrag erhalten haben, die Bezirkspolitik maßgeblich zu gestalten.

	<b>Thema</b>	<b>Seite</b>
1.	Organisatorisches, Verfahrensfragen	1
2.	Verkehr	2
3.	Grün und Sport	5
4.	Stadtplanung	7
5.	Sanierung	9
6.	Soziales	9
7.	Gleichstellung und Integration	10
8.	Jugendhilfe	11
9.	Kultur und Bildung	12
10.	Gesundheit und Umwelt	13
11.	Wirtschaft, Arbeit und Sicherheit	14
12.	Haushalt und Vergabe	16
13.	Ortsamtsbereich Blankenese	17
14.	Personalien und Entflechtung	17

## 1. Organisatorisches, Verfahrensfragen

Im Bestreben, eine gemeinsame Politik für den Bezirk Altona in den Jahren 2004 bis 2008 zu gestalten, vereinbaren CDU und GAL grundsätzlich, dass Anträge und Initiativen in der Bezirksversammlung und in den Ausschüssen zwischen den Fraktionen abgestimmt werden. Hierbei soll im Konsens ein gemeinsamer Weg gefunden werden.

Sachthemen und Problemstellungen, die sich nach Abschluss dieses Vertrages ergeben, werden ebenfalls mit dem Ziel erörtert, einen Konsens zu erreichen.

Bei aufkommenden Fragen, die in diesem Vertrag nicht geregelt sind und bei denen Uneinigkeit herrscht, wird wie folgt vorgegangen:

1. Versuch der Einigung unter Fachsprechern
2. Besprechung im Vertragsausschuss (Fraktionsspitzen). Der Vertragsausschuss bereitet die monatliche Bezirksversammlung vor
3. Schlichtungsversuch durch Hinzuziehen weiterer Parteimitglieder mit Sachkompetenz

Beide Parteien sind sich darüber einig, dass ihre jeweilige Rolle an und in der Landes- bzw. Bundesregierung von diesem Vertrag nicht berührt wird.

Es wird vereinbart, dass Gespräche zwischen der Bezirksversammlung Altona sowie den Stadtverordnetenversammlungen von Wedel und Schenefeld inklusive der jeweiligen Verwaltungen zur Klärung gemeinsamer kommunaler Probleme stattfinden sollen.

## **2. Verkehr**

Die Vertragspartner streben in der Verkehrspolitik für den Bezirk Altona eine konfliktfreie Aufteilung des Verkehrsraums zwischen Autoverkehr, Radfahrern, Fußgängern und Grün an, bei der die Belange und Möglichkeiten Aller gleichermaßen berücksichtigt und ausgeglichen werden müssen. GAL und CDU sind sich bewusst, dass eine Verkehrspolitik, die den ÖPNV stärkt, auch dem Autoverkehr Vorteile verschafft, weil sich die Nutzer besser aufteilen und so den Autoverkehr entlasten. Mobilität ist dabei für jeden einzelnen Verkehrsträger (Auto, ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger) zu fördern, jedoch keinesfalls auf Kosten der jeweils anderen Verkehrsträger. Alle Maßnahmen müssen das Ziel haben, die Mobilität insgesamt zu verbessern.

Für alle in diesem Vertrag noch nicht genannten Straßen und sich möglicherweise künftig ergebenden Probleme soll nach diesem Grundsatz eine gemeinsame Lösung entwickelt werden.

Die Vertragspartner vereinbaren, dass

- eine ergebnis- und themenoffene Planungswerkstatt für die Stresemannstraße unter Teilnahme von Experten, AnwohnerInnen, Entscheidungsträgern und Vertretern der Fraktionen noch im Jahr 2004 die Arbeit aufnimmt. Die Moderation wird öffentlich ausgeschrieben und die Auswahl der Moderation erfolgt unter Beteiligung der AnwohnerInnen - Initiative Stresemannstraße. Bis zum Abschluss der Planungswerkstatt bleibt der jetzige Zustand der Stresemannstraße unangetastet. Maßnahmen und Veränderungen sollen gemeinsam von beiden Vertragspartnern erarbeitet und akzeptiert werden. Sie setzen sich für deren Umsetzung ein. Wesentlicher Inhalt der Planungswerkstatt ist die Entwicklung der innerstädtischen Wohn- und Verkehrssituation und die Umwelt- und Schadstoffbelastung an der Stresemannstraße. Ziel ist eine von allen Beteiligten akzeptierte dauerhafte Lösung.
- die Einrichtung der Kommunaltrasse in der Großen Bergstraße im Haushalt zügig abgesichert und eingerichtet wird;
- ein bezirkliches Gutachten für ein kommunales Programm Null Verkehrstote (Vision Zero) für den Bezirk erstellt wird;
- das Pollerabbauprogramm nach dem Gießkannenprinzip beendet wird. Poller werden insbesondere an städtebaulich bedeutsamen Punkten gezielt eingesetzt, so z. B. am Spritzenplatz und zum Baumschutz;

- Fahrradhäuschen weiter betrieben werden sollen, wenn die Nutzung als Fahrradhäuschen von den Betroffenen weiter gewünscht wird und auch tatsächlich erfolgt. Der bauliche und optische Zustand muss die Nutzung zulassen;
- Radwege alltagstauglich erhalten und ggf. ausgebaut werden sollen. Hierbei soll sich die bezirkliche Planung am Veloroutenkonzept orientieren. Radwege sollen nicht einseitig zu Lasten von Fußwegen geplant werden. Alle Radwege des Bezirks entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen zum Bau von Radwegen. Die Benutzungspflicht wird dort aufgehoben, wo den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprochen werden kann;
- die gefahrlose Radwegführung zwischen Museumshafen und St. Pauli Fischmarkt entsprechend des Beschlusses der Bezirksversammlung umgesetzt wird;
- Fahrradabstellmöglichkeiten, insbesondere für Kurzzeitparken in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten in Ottensen und Othmarschen (Waitzstraße) geschaffen werden;
- Fußwege, Straßennebenflächen und Grünflächen von parkenden Autos freigehalten werden. Illegales Parken in Grünflächen wie z.B. an der Elbchaussee oder Rissener Landstraße soll gezielt unterbunden werden.

Die ÖPNV-Anbindung der Arenen ist zu verbessern. Dies gilt insbesondere für den Fall einer ausgeweiteten Nutzung der Arenen am Volkspark. Eine attraktive ÖPNV-Anbindung wird ergebnisoffen diskutiert. Die Betreiber der Arenen sind zum Bau von Parkhäusern zu verpflichten, damit weiterer Flächenverbrauch vermieden wird. Der Ersatz für die Aufgabe von Parkplatz Grün soll ausschließlich durch den Bau von Parkhäusern erfolgen.

Die Vertragspartner setzen sich gemeinsam dafür ein, dass

- der Bau der S-Bahnhaltestelle „Ottensen“ vorangetrieben wird;
- der Schellfischunnel für die ÖPNV-Nutzung hergerichtet wird;
- die Standorte des Grünen Pfeils entsprechend der Richtlinien zur Aufstellung überprüft werden;
- die Verstärkung der Buslinie 115 betrieben wird und eine Übernahme in das Metrobusnetz angestrebt wird;
- Parkmöglichkeiten in bedarfsgerechter Anzahl durch Bau von Quartiersparkplätzen und -garagen geschaffen werden sollen und wegfallende legale Parkplätze durch neue in der näheren Umgebung ersetzt werden. Vor dem Bau neuer Parkplätze ist zu prüfen, ob Parkplätze auf Gewerbeflächen genutzt werden können.
- im oder am AK Altona mehr Parkplätze geschaffen werden.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Verbesserung des Verkehrsflusses, z. B. auch für den Wirtschaftsverkehr, adaptive Ampelsteuerungen eingeführt werden. Diese Ampelsteuerungen sollen Fußgängern und Radfahrern das Überqueren in einem Stück weiter ermöglichen.

Die GAL-Altona lehnt Tempo 60 innerstädtisch grundsätzlich ab. Die Beschlüsse der Bezirksversammlung aus der vergangenen Wahlperiode werden nicht zurückgenommen. Objektive Kriterien sprechen aber dafür, Tempo 60 auf der B 431 nicht umzusetzen.

CDU und GAL vereinbaren, sich für folgende Ziele und Maßnahmen gemeinsam einzusetzen:

- Der Bereich Rissen Süd und Blankenese West soll verkehrsberuhigt werden. Dabei sollen sowohl verkehrlenkende als auch in bestimmten Bereichen (z.B. Straßeneinmündungen in Tinsdal) bauliche Maßnahmen vorgenommen werden, die im Einzelnen zu vereinbaren sind. Eine Schließung der Durchfahrt nach Wedel am Schulauer Weg soll jedoch nicht erfolgen.
- Zur Erschließung des neuen Wohngebietes nördlich und östlich des Krankenhauses Rissen soll die neue Brücke möglichst zur Bezugsfertigkeit des ersten Bauabschnittes fertig gestellt sein. Während der Baumaßnahmen wird der Baustellenverkehr ausschließlich über die Straße Sieversstücken geführt. Das Bundesvermögensamt soll bei der Ausschreibung darauf hinweisen, dass Investoren die Brücke finanzieren oder vorfinanzieren müssen.
- Der Schleichverkehr zwischen Schenefeld und Sülldorf / Iserbrook über die Straße Eilernholt soll durch geeignete polizeiliche Maßnahmen verhindert werden.
- Eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kreuzung Elbchaussee / Schenefelder Landstraße wird angestrebt, ohne den Baum auf dem Essogelände zu fällen und ohne die Verkehrsführung in der Manteuffelstraße zu verändern. Die Querungszeiten für Fußgänger werden dabei nicht verkürzt. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt soll Lösungsvorschläge erarbeiten. Die Vertragsparteien verständigen sich auf eine gemeinsame Lösung.
- Durch Fahrbahnverengungen in den Kreuzungsbereichen Ole Hoop / Godeffroystraße sowie Mühlenberger Weg / Blankeneser Bahnhofstraße soll die Situation für Fußgänger verbessert werden und gleichzeitig weitere Parkplätze geschaffen werden.
- Der Beschluss des Ortsausschusses aus dem Januar 2004 zur Gestaltung des Strandweges wird mit dem Ziel ergänzt, zur Verbesserung des Milieus sowohl gestalterische Elemente für eine wirksame Absicherung der Promenade vorzusehen als auch dem Anliegen von Anwohnern Rechnung zu tragen, z. B. an haltenden Linienbussen vorbeifahren zu können.
- Der zweigleisige Ausbau der S - Bahnstrecke zwischen Rissen und Blankenese sowie der Umbau des Bahnhofes Sülldorf und die Aufhebung straßengleicher Bahnübergänge wird angestrebt.
- Der nördliche Teil der Flurstraße zwischen Rugenbarg und Luruper Hauptstraße wird aus dem Vorbehaltsnetz herausgenommen und als Tempo 30 Bereich ausgewiesen.
- Der Bereich Blomkamp / Flurstraße / Geranienweg wird zur Bebauung der Mittelfläche umgestaltet. Der Kreuzungsbereich Blomkamp / Flurstraße wird mit einem Kreisverkehr

gestaltet und der Geranienweg für den Durchgangsverkehr geschlossen. Die Rad- und Fußwege auf der Ostseite des Kreises sollen so geplant werden, dass möglichst alle Bäume erhalten bleiben. Der östliche Teil der Straße Blomkamp ist an den Kreisverkehr anzuschließen.

- Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und die Tiefbauabteilung des Bezirksamtes Altona werden aufgefordert, ein Verkehrskonzept für Blankenese zu erstellen, das insbesondere die Bereiche Süllberg bis Dockenhuden umfasst. Ziel ist es, Besucher-Durchgangs- und Anwohnerverkehre konfliktfrei zu ordnen. Auf ein kostenpflichtiges Gutachten wird verzichtet.
- Es sind keine zusätzlichen Totalsperrungen von Straßen vorzunehmen.
- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Rissen Nord (Wespenstieg) werden möglichst mit der Stadt Wedel erörtert und vereinbart.
- Die Nachtbuslinie 621 wird über die Haltestelle Sieversstücken hinaus weitergeführt.
- Die Einführung des 10 Minuten Taktes der S 1 ab 13:00 Uhr zwischen Blankenese und Wedel wird gefordert, um dem Schüleraufkommen gerecht zu werden.
- Die Verlängerung der Betriebszeit der Metrobuslinie 22 auch in den Abendstunden wird angestrebt, um eine Verbesserung der Anbindung der Arenen zu erreichen. Die Streckenführung soll über den Ring 3 erfolgen.

### **3. Grün und Sport**

CDU und GAL setzen sich gemeinsam dafür ein, dass „Grün“ im Rahmen der wachsenden Stadt gepflegt und weiterentwickelt werden muss, um die Attraktivität der Stadt zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund wollen GAL und CDU sich gemeinsam dafür einsetzen, dass

- Ausgleichsbeträge beim Naturschutzreferat künftig auch für kleinteilige Maßnahmen (z.B. neue Straßenbäume) eingesetzt werden;
- Natur-, Landschafts- und Naherholungsflächen bzw. Grünflächen insbesondere in den Feldmarken in ihrem jetzigen Zustand erhalten bleiben und im Sinne des Natur- und Landschaftsschutzes weiterentwickelt werden;
- ein länderübergreifender Regionalpark zwischen Wedel, Schenefeld und Altona als Modellprojekt entwickelt wird. Im Rahmen des modellhaften Regionalparks wird ein Konzept für Freizeiteinrichtungen und Sportstätten erstellt und unter ökologischen Gesichtspunkten in die Landschaft integriert;
- das zusätzliche Mischwasserrückhaltebecken Ellernholt kurzfristig realisiert wird und die Hamburger Stadtentwässerung zur Investition und anschließender Pflege aufgefordert wird, um Mischwasserüberläufe in die Wedeler Au zu verhindern;
- Kleinstgrünflächen z.B. durch Pflegepatenschaften oder Verkauf entkommunalisiert werden, aber weiter öffentlich zugänglich bleiben;

- die historischen Elbparks (Jenischpark, Donnerspark, Hirschpark, Bours Park etc.) als Gartendenkmal gepflegt werden;
- mindestens jährlich ein „Grüner Tisch“ mit dem Amtsleiter unter Beteiligung der Naturschutzverbände stattfindet;
- grundsätzlich keine Großveranstaltungen im Jenischpark stattfinden;
- die personelle Ausdünnung des Gartenbauamtes beendet wird;
- die Fläche am Hemmingstedter Weg (ehemaliges Pavillondorf) als öffentliche Grünfläche und optional als Erweiterung des botanischen Gartens vorgehalten wird;
- die Rahmenzuweisungen für die Pflege und Sauberkeit des öffentlichen Grüns und des Straßenbegleitgrüns inklusive der Spielplätze erhöht werden;
- die Naturschutzgebiete Schnaakenmoor und Wittenbergener Heide erweitert werden. Um dieses Ziel zu erreichen werden die Flächen z.B. am AK Altona, Tunnelmund A7 bis Behringstraße unter fachlicher Sicht untersucht, um ggf. die Grenzen der Landschaftsschutzgebiete zurückzunehmen;
- die öffentliche Parkanlage im Bereich Osdorf 33 (Harderweg) vordringlich erstellt wird;
- Konzepte für die Weiterentwicklung des Elbuferwanderwegs, ggf. mit einer Trennung von Fuß- und Radweg geprüft werden;
- der Altonaer Balkon im Zuge des Ausbaus der Kaistraße aufgewertet wird;
- der Heine-Park für die Öffentlichkeit erhalten bleibt;
- das Gartenbauamt generell einheimische Gehölze verwendet und Private bei Ersatzpflanzungen ebenso dazu verpflichtet. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Ausschusses;
- Grünflächen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte gepflegt werden;
- gezielt ökologische Elemente in die bestehenden Parklandschaften aufgenommen werden (z.B. Natursteinmauern, Totholz);
- versucht wird, die Hundeproblematik weiter zu entzerren z. B. durch Trennung von hundefreien Bereichen in öffentlichen Grünanlagen und dem Einrichten von sog. Hundefreilaufzonen.

GAL und CDU setzen sich dafür ein, dass

- die Flächen der ehemaligen Luruper Feldmark südlich des Vorhornweges in den Volkspark integriert werden. Dabei können Teilflächen für Sport- oder andere Nutzung in Anspruch genommen werden;
- der Volkspark als Erholungswaldpark und als Gartendenkmal zu entwickeln ist;
- die Osdorfer Feldmark ökologisch aufgewertet wird (z.B. Düpenautal) und eine Optimierung der Freizeit- und Sportgestaltung im Rahmen eines Gutachtens für ein integratives Konzept gemeinsam vorgenommen wird. Dazu gehört die mögliche Erweiterung der Sportflächen am Osdorfer Born, Driving Range (hinter Wordtmann), sowie 9-Loch Golfanlage für Jedermann. Nach Vorlage und gemeinsamer Auswertung des Gutachtens für die Feldmark wird im Rahmen eines Gesamtkonzeptes konsensual entschieden.

- die kommunale Sportlerehrung fortgeführt wird;
- Großprojekte für Sportanlagen entweder durch neue Bebauungspläne oder ggf. durch großzügige Befreiungen ermöglicht werden, z.B. HSV-Trainingsgelände im Volkspark, Neubau des Stadions von Altona 93, Fußballrasensport am Marschweg, Indoorsport auf bestehenden Sportflächen am Hemmingstedter Weg, weitere Spitzensportstadien im Volkspark (sofern keine Forstflächen verloren gehen) und Sport-Spaß e.V. im Gewerbegebiet Griegstraße.

## 4. Stadtplanung

GAL und CDU vereinbaren, die Bebauungspläne der Kategorien 1a, 1b und 2 gemeinsam voranzutreiben. Inhaltliche Einzelheiten zu den Bebauungsplänen werden entsprechend der vereinbarten Vorgehensweise miteinander abgesprochen.

Zu den bestehenden Plänen wird einvernehmlich vereinbart, dass in den folgenden Plänen

- **Iserbrook 6** und **Iserbrook 23** nach Abschluss des wasserrechtlichen Verfahrens die Feststellung des Bebauungsplanes erfolgen soll, um die hintere Bebauung auf den Grundstücken zu ermöglichen;
- **Lurup 60** die rückwärtige Bebauung ermöglicht werden soll;
- **Lurup 61** (Änderung Lurup 51) Wohnbebauung ermöglicht werden soll;
- **Othmarschen 37** unter Erhalt des Teiches eine vorhabenbezogene Erschließungsplanung erfolgen soll;
- **Rissen 45** die Bebauung entsprechend des 1. Preises aus dem Wettbewerb erfolgen soll, der Grünausschuss jedoch noch zu beteiligen ist und der Jugendhilfeausschuss den Kita-Standort beraten soll;
- **Sülldorf 3** ökologisches Bauen angeboten werden soll;
- **Blankenese 4** die Kleinteiligkeit im Sinne eines Milieuplanes gesichert werden soll;
- **Blankenese 20** unter Beteiligung von Verwaltung und Investoren zügig zu einem Abschluss gebracht werden soll;
- **Blankenese 35 / Sülldorf 20** eine Festlegung von Mindestgrundstücksgrößen ernsthaft verfolgt werden soll;
- **Groß Flottbek 10 und 14** eine Bebauung auf dem Rückhaltebecken ermöglicht und geprüft werden soll, wie ggf. die Marktfläche zu erweitern ist;
- **Othmarschen 32** der vorhabenbezogene Erschließungsplan fortzuführen ist;
- **Altona 20** ein Verfahren zu finden, das die Schließung der Harkortstraße vorsieht, um die Erweiterung der Brauerei zu ermöglichen, jedoch erst dann, wenn diese auch ernsthaft signalisiert, unmittelbar nach der Entwidmung der Straße auf der Fläche zu investieren. Dabei soll eine westliche Umfahrung bis zur Stresemannstraße als Ersatz zeitnah geplant und hergestellt werden;
- **Othmarschen 33** eine Lösung für die Erweiterung der Internationalen Schule zu entwickeln, ggf. auch durch Nutzung der Parkfläche auf dem Tunnelmund;

- **Rissen 47** Das Planverfahren soll mit dem Ziel fortgeführt werden, die Bebauung am Sandmoorweg zu ermöglichen und die Ostseite von Schöns Park unbebaut als Park zu erhalten;
- **Rissen 44 / Sülldorf 18** Der Bebauungsplan inklusive des Grünordnungsplanes mit dem Ziel der Sicherung der Rissen - Sülldorfer Feldmarken für die Landwirtschaft im Einklang mit den Zielen des Naturschutzes und der Naherholung auf der Grundlage des vorliegenden Planentwurfes weiterbetrieben wird. Dazu wird im Sommer 2004 die öffentliche Plandiskussion vom 17.6.2003 im Planungsausschuss ausgewertet. Bauanträge werden vor der Feststellung des Bebauungsplanes auf der Grundlage des vorliegenden B-Planentwurfes beschieden oder zurückgestellt. Dabei können geringfügige Veränderungen der Baufenster für landwirtschaftliche Hofstellen gemeinschaftlich vorgenommen werden. Die Sicherung und Entwicklung ökologisch besonders wertvoller Flächen in der Niederung der Wedeler Au als Ausgleich für Eingriffe in den Naturhaushalt an anderer Stelle wird unterstützt.
- **Altona-Altstadt 50** Der Grünzug Neu-Altona mit der Wegeverbindung Königstraße – Louise-Schröder Straße wird unter Sicherung des Grünzugs weiterentwickelt.

Zu folgenden weiteren Flächen wird eine Überplanung vereinbart. Dabei soll:

- auf dem Asche-Gelände in der Fischers Allee durch entsprechende Planrechtsänderung Wohnungsbau ermöglicht werden;
- auf dem Gelände von Aal-Friedrichs an der Borselstraße Wohnungsbau und Gewerbe ermöglicht werden;
- auf der Frappant-Fläche möglichst durch Abriss eine vernünftige Neubebauung erfolgen.

Weiter vereinbaren GAL und CDU, dass:

- die vertragliche Nutzung der Bauwagenplätze an der Gaußstraße und am Rondenbarg über die Jahre 2005 hinaus ermöglicht werden soll, wenn nicht die Eigentümer eine andere Verwendung für ihre Grundstücke vorsehen;
- geeignete Flächen für Wohngruppenprojekte und soziales Wohnen vorgesehen werden;
- die gewachsenen Villengebiete der Elbvororte in ihrem Bestand gesichert werden;
- die Aufwertung des Volksparks / Sportparks grundsätzlich befürwortet wird. Die Entwicklung ist mit dem Bezirk abzustimmen und dabei sollen Breitensportangebote stärker berücksichtigt werden;
- mit dem Bezirksamtsleiter über eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Ausschuss und Stadtplanungsamt / Baudezernat zu verhandeln ist;
- eine städtebauliche Entwicklung der Fischmarkt GmbH Flächen zwischen Fährterminal und Sichelfläche angeschoben wird;
- ein Gewerbepark östlich der Elbgaustraße / nördlich der Luruper Hauptstraße oder auf dem Parkplatz Grün entstehen soll. Dabei sollen entfallene Parkplätze von Parkplatz Grün in einem Parkhaus nachgewiesen werden;

- der Bezirk einen Programmplan mit Wohnen und Gewerbe für das Bahngelände nördlich des Altonaer Bahnhofs entwickelt;
- zur Verhinderung von großflächigem Einzelhandel (Stärkung der vorhandenen Zentren) bei Bedarf für den Nordosten von Bahrenfeld Bebauungspläne aufgestellt werden;
- für eine dritte Wohnungsbau-Tranche 15 weitere Flächen mit einer Größenordnung oberhalb 20 Wohneinheiten zu definieren sind (z.B. Rugenfeld / Grönenweg, nördlich Vorhornweg, Swatten Weg). Alle Flächen werden gemeinsam vorgeschlagen. Weitere Flächen werden bei Bedarf gemeinsam entwickelt.
- darüber hinaus keine Bebauung der Feldmarken, Spielplätze und öffentlichen Grünanlagen erfolgt.

## 5. Sanierung

Für benachteiligte Stadtteile des Bezirks Altona sind die Mittel für die Soziale Stadtteilentwicklung wesentliche Bausteine u.a. zur Verbesserung der Wohnumfeldsituation und der sozialen Vernetzung.

CDU und GAL setzen sich gemeinsam dafür ein, dass

- die Fortführung der Sozialen Stadtteilentwicklung in Lurup Osdorf bis 2006 erfolgt und der Aufbau von Folgestrukturen unterstützt wird;
- die Ziele der vorhandenen Sanierungsgebiete weiterverfolgt werden;
- noch im Jahr 2004 die Bestätigung für das neu zu schaffende Sanierungsgebiet Große Bergstraße erfolgt.

## 6. Soziales

CDU und GAL vereinbaren, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass

- die soziale Betreuung Wohnungsloser und die Beratungsqualität für diese Zielgruppe aufrechterhalten wird, und im Rahmen des Fachstellenkonzepts die Stellen 1:1 auf den Bezirk übertragen werden;
- die langen Wartezeiten in der Schuldnerberatung durch Stärkung der privaten Träger verkürzt werden;
- die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen regelmäßig überprüft wird;
- zur Unterstützung umzugsbereiter Bauwagenbewohner zwei Sozialarbeiterstellen bereitgestellt werden;
- die medizinische Betreuung Wohnungsloser verbessert wird. Die Angebote müssen den bezirklichen Gegebenheiten Rechnung tragen. So soll die mobile Hilfe feste Anlaufpunkte im Bezirk erhalten;
- die Behandlung Wohnungsloser mit chronischen Erkrankungen zu verbessern ist, und ein Angebot für Wohnungslose mit psychischen Erkrankungen eingerichtet wird. Eine

bezirkliche Initiative wird auf den Weg gebracht, um die Finanzierung von Räumen durch Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung zu erreichen;

- der Abbau oder die Umwidmung von weiteren Unterkünften nur nach festgelegten, objektiven Kriterien erfolgt. Dabei ist der Sozialausschuss zu beteiligen;
- Angebote für stark pflegebedürftige Menschen geschaffen werden, um die Betroffenen im normalen Wohnumfeld zu betreuen;
- die Altonaer Pflegekonferenz weitergeführt wird;
- die Umsetzung des 1 Euro Programms mit den erfahrenen Beschäftigungsträgern auf freiwilliger Basis verstärkt wird. Dabei soll möglichst eine breite Palette freier Träger berücksichtigt werden. Die Maßnahmen für die gemeinnützigen Arbeiten werden abgestimmt. Das Ziel ist die Gewöhnung in den Arbeitsprozess und die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.
- die personelle Ausstattung der Heimaufsicht nicht verschlechtert werden darf. Für die Arbeit der Heimaufsicht sollte durch die Einführung einer Globalrichtlinie auf Landesebene einheitliche und vergleichbare Kriterien geschaffen werden.

Für GAL und CDU ist unstrittig, dass die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen vorrangiges Ziel der Sozialpolitik ist und, dass für Maßnahmen Fördermittel einzuwerben sind.

Im Bereich der Zuwanderung setzen sich CDU und GAL gemeinsam dafür ein, dass

- die Situation der Flüchtlinge ohne Papiere zu evaluieren ist. Hierfür wird eine öffentliche Anhörung mit Fachleuten durchgeführt;
- die Zuflucht in einen geschützten Raum von Frauen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus gewährleistet sein muss;
- die gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber auf freiwilliger Basis mit erfahrenen Trägern geprüft wird;
- das Bezirksamt die Beratung über freiwillige Rückkehrprogramme im Rahmen der Bundesprogramme (REAG, GARP) für Rückkehrwillige anbietet;
- psychosoziale Beratung für Migrantinnen mit Gewalterfahrung ggf. durch Umsteuerung innerhalb des Bezirksamtes und in Kooperation mit Trägern wie z.B. INCI angeboten wird;
- die Kontakte zu den Trägern verbessert werden, die die Integration fördern (z.B. DRK-Lurup – Osdorf und Sport gegen Gewalt).

## **7. Gleichstellung und Integration**

CDU und GAL stimmen darin überein, dass in Fragen der Gleichstellung und Integration auf Bezirksebene eine Bestandsaufnahme durchzuführen ist, die Aussagen über Zahl und Struktur der im Bezirk lebenden Ausländerinnen und Ausländer enthält, um die bezirkliche Integrationspolitik auf die Zielgruppe auszurichten.

GAL und CDU vereinbaren, dass

- ein Lokales Bündnis für Familien realisiert werden soll;
- die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitszeiten angestrebt wird und das Bezirksamt vorbildhaft Jobsharing umsetzt;
- Frauen-Netzwerke unterstützt werden;
- ein qualifiziertes und überprüftes Angebot an Tagespflegepersonen geschaffen werden soll;
- am Christopher Street Day die Regenbogen-Fahne am Rathaus aufgezogen wird.

GAL und CDU setzen sich ferner dafür ein, dass

- Träger darin unterstützt und ermuntert werden, Begegnungsstätten für MigrantInnen einzurichten, die das Ziel verfolgen, die Isolation zu vermeiden. Die Finanzierung soll analog des „Billstedter Modells“ erfolgen;
- das Bezirksamt Träger bei der Schaffung kleiner Wohneinheiten für psychisch kranke Frauen mit Migrationshintergrund unterstützt;
- Wohnprojekte / Betreutes Wohnen speziell für Migranten und Migrantinnen eingerichtet werden und durch die Angliederung an bestehende Träger ein ambulantes Versorgungsangebot garantiert wird. Diese Wohnprojekte sollen auch für die Aufnahme von demenzkranken SeniorInnen geeignet sein. Zur Koordination und Beratung dieser Angebote soll ggf. durch Umsteuerung des Bezirksamtes eine Fachstelle eingerichtet werden;
- der Aufbau eines bezirklichen Gesundheits-Angebotes angeschoben wird, um die muttersprachliche Unterstützung zu gewährleisten, auch unter Einbeziehung z.B. von niedergelassenen Ärzten. Die Angebote wenden sich schwerpunktmäßig an Menschen, der im Bezirk stärker vertretenen Herkunftsländer wie Türkei, Russland oder Afghanistan;
- besonders für junge Migrantinnen Integrationskurse vorzusehen sind und hierfür Bundesmittel genutzt werden sollen und Träger, wie z.B. INCI beim Aufbau der Angebote unterstützt werden;
- die Ausländerabteilung des Bezirks kundenfreundlich und bedarfsgerecht optimiert wird;
- in Altona lebende Künstler anderer Kulturen bekannter gemacht werden und zur Stärkung der Begegnungen eingebunden werden;
- Veranstaltungen auch in Fremdsprachen angekündigt und gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden, die die Begegnung zwischen Ausländern und Deutschen fördern sollen.

## 8. Jugendhilfe

Jugendpolitik ist eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe, bei der mit Sorgfalt daran gearbeitet werden muss, dass trotz schwieriger Haushaltslage hinreichende Maßnahmen zur Förderung jugendlicher Anliegen gewährleistet werden.

Bezugnehmend auf diese Prämisse vereinbaren CDU und GAL, sich folgende bezirkliche Aufgaben regelmäßig vom Bezirksamt im Jugendhilfeausschuss vorlegen zu lassen, um diese gemeinsam weiter zu entwickeln:

- die Ergebnisse des Additions- und Bonusmodells;
- die Weiterentwicklung der Jugendhilfe (Eckpunktepapier, sozialraumorientierte Angebote und Schnittstellenprojekte, die sich aus den Hilfen zur Erziehung finanzieren);
- die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in einer ¼ jährlichen Vorlage;
- die Förderprogramme der Jugendhilfe und wie diese mittel- oder langfristig in die Jugendhilfefinanzierung einfließen;
- Maßnahmen der Entkommunalisierung;
- die Darstellung des Aufbaus der Netzwerkstrukturen, die mit der Vergabe des Planungsbudgets einhergehen müssen;
- die jährliche Darlegung der Fortschreibung der Sozialraumbeschreibung;
- die Neuordnung der Planungsräume 6 und 7 (Lurup / Osdorf);
- einen ¼ jährlichen Bericht über die Stellen in den kommunalen Einrichtungen;
- frühzeitige Beteiligung an Bebauungsplanverfahren und die Ergebnisse der Kita - Planung.

CDU und GAL vereinbaren,

- verstärkt jugendrelevante Projekte der Sportvereine in Altona zu unterstützen;
- Präventions- und Betreuungsmaßnahmen für Schlüsselkinder zu prüfen und ggf. Initiativen zu entwickeln;
- die 25% Regelung bei der Sprachförderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen zu überprüfen und allen Kindern mit Sprachproblemen Förderung anzubieten;
- das Altonaer Modell zur Umsteuerung von Mitteln nach aktuellem Bedarf umzusetzen und hierfür die Zweckbeschreibung fortzuschreiben;
- benachteiligte Stadtbereiche in der Jugendpolitik besonders zu fördern;
- weiterhin eine Effizienzüberprüfung aller in Altona tätigen Träger vorzunehmen.

## **9. Kultur und Bildung**

Vor dem Hintergrund, dass Stadtteilkultur mehr ist als Soziokultur, und Bildung mehr ist als Lernen, vereinbaren CDU und GAL sich in der Bezirkspolitik dafür einzusetzen, dass

- Kinder- und Jugendkultur in enger Verbindung mit den Kindergärten, den Schulen und den Jugendeinrichtungen, entsprechend des gesetzlich vorgesehenen Rahmens (§51 HamSchulG und §11 KJHG) ausgerichtet wird;
- aus dem Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkultur der Kulturbehörde die Chancen für den Bezirk genutzt werden, z.B. durch die Einrichtung einer „Modellschule“ im Bezirk Altona;
- der Ausbau der bezirklichen Koordinationsstelle „Schule und Nachbarschaft“ zur Vernetzung von Künstlern, Schulen, Stadtteilkulturzentren, Jugendhilfeträgern und anderen Akteuren vorangetrieben wird;
- Mittel für internationale Austauschprogramme eingeworben werden;
- die Club of Rome Schulen unterstützt werden und in die Kooperation eingebunden werden;
- generationenübergreifende Kooperationen gefördert werden;
- die Altonale als lebendige Kulturmeile durch Finanzierung aus Stadtteilkulturmitteln gestärkt wird;
- der Circus Mignon in Altona gehalten wird;
- das Theater Schachar gefördert und in Altona aufrechterhalten wird;
- die Pflege und der Erhalt Altonaer Denkmäler und Gedenkstätten, ggf. aus Mitteln der Kunst im öffentlichen Raum und durch die Änderung der Verwaltungsanordnung gesichert wird;
- das Heine Denkmal in Altona aufgestellt wird, wenn Toulon es zulässt, andernfalls die Errichtung eines eigenen Denkmals angeregt wird;
- der Kollegiensaal neu gestaltet wird;
- die Aktivierung und Vernetzung des bürgerlichen Engagements z. B. in Schulen, Kirchengemeinden und Vereinigungen gefördert und unterstützt wird;
- die öffentliche Nutzung der Herrenhäuser in Blankenese auch nach ihrem Verkauf sichergestellt bleibt.

Es wird zwischen CDU und GAL ferner vereinbart, dass

- keines der drei Stadtteilkulturzentren zur Disposition steht, aber Öffnung und Umschichtung zwischen den Zentren zu mehr Effizienz führen soll;
- der „Bürgertreff“ in Altona-Nord mit seinem neuen Träger „Freiwerk e.V.“ in seiner Arbeit fachlich begleitet und unterstützt wird;
- u.a. Kulturprojekte aus bezirklichen Mitteln für die „Wachsende Stadt“ eingesetzt werden;
- das Ottenser Stadtteilarchiv in seinem Bestand dauerhaft gesichert werden muss. Es ist als außerschulischer Lernort zu fördern;
- der Standort der Volkshochschule West in der Waitzstraße erhalten werden soll.

## 10. Gesundheit und Umwelt

GAL und CDU setzen sich gemeinsam dafür ein, dass

- die bezirkliche Kompetenz zur Umweltberatung erhalten bleibt, um bürgernah beraten zu können. Hierfür sind ausreichend Ressourcen im Rahmen der Gesamtentflechtung zur Verfügung zu stellen;
- das Bezirksamt die Maßnahmepläne (Luftreinhaltepläne) insbesondere dort umsetzt, wo die zulässigen Werte überschritten werden;
- Lichtverschmutzung und Energieverschwendung durch immer mehr Licht vermieden wird. Die Straßen- und Gehwegbeleuchtung ist zu optimieren, die Gefahrenpunkte sind gezielt auszuleuchten und umweltfreundliche Lichtquellen zu verwenden;
- die vor einigen Jahren erarbeiteten Lärminderungspläne als Grundlage für die Erarbeitung von Konzepten dienen. Daraus resultieren ggf. Maßnahmen für einen besseren Lärmschutz;
- die geplante Erweiterung der Müllverbrennungsanlage Stellingner Moor nicht zu einer zusätzlichen Belastung der AltonaerInnen durch mehr Schadstoffe führt;
- der Altonaer Agenda 21 Prozess weiter unterstützt und auf eine breitere Basis gestellt wird.

Zur Verbesserung der Drogenhilfesituation im Schanzenviertel wird eine Veränderung des Angebotes der Drogenhilfeeinrichtung „SChance“ des Trägers Therapiehilfe e.V. geprüft. Ziel ist es dort eine Konsummöglichkeit zu schaffen. Dies soll unter Berücksichtigung des Evaluationsberichtes und der aktuellen Situation im Schanzenviertel erfolgen. Die Auswertung der ersten Erfahrungen der neuen Einrichtung soll innerhalb von drei Monaten bis Ende September 2004 erfolgen. Die Veränderung des Angebots soll umgehend haushaltsneutral erfolgen.

GAL und CDU setzen sich gemeinsam dafür ein, dass

- für die Ausweitung der (zahn)ärztlichen Untersuchung von Kindern, wie von der Bürgerschaft beschlossen, die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden;
- die Altonaer Gesundheits- und Pflegekonferenz begleitet wird und bei der Umsetzung der Ergebnisse unterstützt wird.

## 11. Wirtschaft, Arbeit und Sicherheit

Lokale Wirtschaftspolitik hat das Ziel, Unternehmen am Standort zu erhalten und die Ansiedlung neuer Unternehmen zu fördern, um wohnortnahe Arbeitsplätze zu sichern und die regionale Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen aufrecht zu erhalten.

Die Vertragspartner unterstützen die gemeinsame Forderung der Handels- und Handwerkskammern nach Aufwertung der bezirklichen Wirtschaftskompetenz und fordern die Ausweitung der Handlungsspielräume der Bezirke in diesem Bereich ein.

CDU und GAL setzen sich gemeinsam für folgende Ziele ein:

- Die Position der bezirklichen Wirtschaftsförderungsbeauftragten in personeller und finanzieller Hinsicht wird gestärkt, damit diese ihre Aufgaben im erforderlichen Umfang und mit der nötigen Effizienz wahrnehmen kann. Die konkrete Ausgestaltung ist im Rahmen der anstehenden Verwaltungsreform zu regeln. In den Stadtteilen bereits tätige Institutionen, wie z.B. Quartiersmanager, sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten in Wirtschaftsförderungsmaßnahmen einbezogen werden.
- Auf Bezirksebene wird von der Wirtschaftsförderungsbeauftragten ein lokales Gewerbeflächen- und Standortkataster vorgehalten, um Flächenbedarfe und Flächenangebote von Firmen in Altona bedarfsgerecht zusammen zu bringen.
- Es werden gebietsbezogene Informationsveranstaltungen zu Themen wie Unternehmensfinanzierung, effizienter Werbung / Öffentlichkeitsarbeit und attraktivem Internetauftritt durchgeführt. Für ausländische Unternehmen sollen entsprechende Informationen bei Bedarf auch fremdsprachig angeboten werden. Bei der Durchführung der Angebote soll sich die Wirtschaftsförderungsbeauftragte auch um die Nutzung des Sachverständes von Kammern, der Hamburger Wirtschaftsförderung oder kooperationswilliger lokaler Unternehmen bemühen.
- Es werden lokale Wirtschaftsbetriebe bei Aufträgen des Bezirksamtes vorrangig berücksichtigt, soweit dem vergaberechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen.
- Es werden Wirtschaftsunternehmen z.B. über die Kammern aktiv in lokale Planungsprozesse eingebunden. Daher erhalten die Kammern regelhaft die Einladungen und Protokolle ausgewählter Fachausschüsse der Bezirksversammlung (Planung, Verkehr, Wirtschaft/Arbeit/Sicherheit/Verbraucherschutz).

Auch die Förderung des Tourismus dient der Standortstärkung. Der Tourismus sichert und schafft Arbeitsplätze im Einzelhandel, in der Hotellerie und in der Gastronomie. Der Bezirk Altona hat Besuchern Hamburgs eine Menge zu bieten. Die Hamburg Marketing GmbH soll gebeten werden, ein touristisches Konzept für Altona zu entwickeln.

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programmpaket „Hartz IV“ (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) zeitnah Arbeitsgemeinschaften zwischen den zuständigen Abteilungen des Altonaer Bezirksamtes und der lokalen Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit gebildet werden, um Reibungsverluste aus der Zusammenführung beider Systeme möglichst zu vermeiden.

Die Produktionsschule Altona in der Leverkusenstraße setzt seit einigen Jahren neue Maßstäbe in der Berufsvorbereitung. CDU und GAL sind sich darin einig, dass die Arbeit der

Produktionsschule – insbesondere bei Lehrkräften an Haupt- und Realschulen, der Bundesagentur für Arbeit, Einrichtungen der Jugendhilfe und den Jugendlichen selbst – bekannter gemacht werden muss (z.B. durch eine Ausstellung in den Räumen des Altonaer Rathauses).

Damit Menschen sich in ihrer Umgebung wohl fühlen, müssen sie sich auch sicher fühlen können. Besondere Bedeutung kommt der Prävention zu. CDU und GAL setzen sich gemeinsam dafür ein, dass

- die Altonaer Sicherheitskonferenz erhalten und auf bisherigem Niveau weiter finanziert wird;
- der Städtische Ordnungsdienst personell aufgestockt und in die Zuständigkeit der Bezirke gegeben wird;
- bestehende Sicherheitspartnerschaften erhalten und Neugründungen gefördert werden;
- Projekte wie „Cop 4 U“, „Streitschlichter“, „Besserstreiten“ und „Faustlos“ fortgesetzt werden;
- der erfolgreiche Einsatz der „Parkworker“, z.B. „Spieltiger e.V. im Alsen-, Flora- und Walter-Möller-Park, weitergeführt und auf weitere Kinderspielplätze sowie Grün- und Parkanlagen ausgedehnt wird;
- die Präsenz von Ordnungshütern an Orten mit erhöhter Kriminalität gewährleistet wird.

## 12. Haushalt und Vergabe

CDU und GAL vereinbaren, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass

- im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform die Ziele zur Erweiterung der Zuständigkeiten und Rechte für die Bezirksversammlung gemäß dem Bezirksversammlungsreformpapier aus der letzten Wahlperiode verfolgt werden;
- die Marktgebühren wie folgt geregelt werden sollen:
  - die Absenkung der Marktgebühren bis zum September 2004 rückgängig zu machen, dabei wird angestrebt, dass der Bezirk pro laufenden Meter mindestens 0,40 Euro direkt erhält;
  - Zusatzgebühren für Stände, die mehr Müll als gewöhnlich verursachen, kommen ausschließlich dem Bezirk zu;
  - die Zuständigkeit für das gesamte Gebührenwesen wird in die Bezirke verlagert;
- ein effizientes Benchmarking, Best Practice und Doppik zum 01.01.06 eingeführt wird;
- die Gründung eines Fördervereins zur Illumination des Rathauses angestrebt wird. Zusätzlich soll sich diese Initiative beispielsweise mit Bildungs- und Kulturprojekten befassen. Zur Vereinsführung sollen Bezirksamtsleitung, Vertreter der drei Fraktionen, ein Altonaer Notar und eine Altonaer Bank gehören.

GAL und CDU vereinbaren ferner, dass

- die Zuwendungskontrollen wie bisher fortzuführen sind;
- Sondermittel im Konsens mit allen Fraktionen zu vergeben sind, dabei 10% des Gesamtbudgets für Gleichstellung und Migration zur Verfügung gestellt wird und ein Schwerpunkt auf Sportvereine und Jugendarbeit gelegt wird;
- bei der Spezifizierung der Rahmenezuweisung keine fundamentale Opposition gegen die Fachbehörden betrieben wird.

### **13. Ortsamtsbereich Blankenese**

Das Ortsamt Blankenese umfasst Stadtteile mit sehr verschiedenen sozialen Strukturen und Möglichkeiten. Die Kommunalpolitik handelt im Bewusstsein unterschiedlicher Bedürfnisse zwischen Osdorf, Lurup einerseits und Blankenese, Nienstedten andererseits.

Für die Ortsamtspolitik vereinbaren CDU und GAL, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass

- die öffentlichen Bücherhallen aufgefordert werden, ein verbindliches Angebot für die Öffnungszeiten an ihren Standorten im Ortsamtsgebiet zu unterbreiten;
- die Skaterbahn in der Kiesgrube Sülldorf mit Hilfe von Sponsoren gefördert und realisiert wird;
- eine Neuordnung und Gestaltung des Platzes Teufelsbrück vorgenommen wird. Dabei sollen eine klare Zuordnung von Fußgänger-, Rad-, Auto- und Busverkehr vorgenommen werden. Zur Umsetzung können, falls sinnvoll und erforderlich, auch Teile der westlichen Grünfläche mit einbezogen werden. Ein Ideenwettbewerb der Hochschule für bildende Künste soll angeregt werden;
- das Ortsamt Blankenese wie vorgesehen im Neubau am Bahnhof Blankenese untergebracht wird, aber umfangreiche Leistungsangebote für die Stadtteile Lurup und Osdorf am Eckhoffplatz vorgehalten werden;
- zur Gewinnung von Energie für Schwimmbad und Pensionstierhaltung in der Osdorfer Feldmark auf Privatinitiative ein Heizkraftwerk, das zum überwiegenden Teil Pferdemit verarbeitet, gefördert wird.

### **14. Personalien und Entflechtung**

GAL und CDU vereinbaren, dass

- sämtliche anstehende Personalfragen gemeinschaftlich gelöst werden;
- die GAL Altona einen Sitz in der Peiner – Kommission zur Verwaltungsreform erhält;
- Positionen, die die Bezirksversammlung besetzt, nach parlamentarischer Usance vorgenommen werden.

Im Rahmen der anstehenden Verwaltungsreform und der Entflechtung von Aufgaben setzen sich CDU und GAL nachdrücklich dafür ein, dass mit der Übertragung von Aufgaben und Pflichten auf die Bezirke auch die damit verbundenen Personalressourcen und Finanzmittel 1:1 auf den Bezirk übergehen.

Hamburg, 22. Juni 2004

**für die GAL:**

\_\_\_\_\_  
Gesche Boehlich  
(Fraktionsvorsitzende)

\_\_\_\_\_  
Winfried Paul Sdun  
(stellvertretender Fraktionsvorsitzender)

\_\_\_\_\_  
Sven Kuhfuß  
(stellvertretender Fraktionsvorsitzender)

\_\_\_\_\_  
Sava Kuzmanovic  
(Kreisvorsitzende)

\_\_\_\_\_  
Matti Schindehütte  
(Beisitzer des Kreisvorstandes)

**für die CDU:**

\_\_\_\_\_  
Uwe Szczesny  
(Fraktionsvorsitzender)

\_\_\_\_\_  
Sven Hielscher  
(stellvertretender Fraktionsvorsitzender)

\_\_\_\_\_  
Peter Wenzel  
(stellvertretender Fraktionsvorsitzender)

\_\_\_\_\_  
Hans-Detlef Roock  
(Kreisvorsitzender)

\_\_\_\_\_  
Marcus Weinberg  
(stellvertretender Kreisvorsitzender)

\_\_\_\_\_  
Hanna Gienow  
(stellvertretende Kreisvorsitzende)